E: 11.07.2022
18/3634

Staatskanzlei Rheinland-Pfalz, Postfach 3880, 55028 Mainz

Herrn Präsidenten
des Landtags Rheinland-Pfalz
Hendrik Hering, MdL
Deutschhausplatz 1
55116 Mainz

BEVOLLMÄCHTIGTE DES LANDES BEIM BUND UND FÜR EUROPA UND MEDIEN

Staatssekretärin
Heike Raab

E-Mail: vz.raab@stk.rlp.de

11. Juli 2022

Kleine Anfrage 18/3479 „Sprachunterricht für die deutsche Minderheit in der Region Oppeln“

Sehr geehrter Herr Präsident,

im Namen der Landesregierung beantworte ich die Kleine Anfrage 18/3479 wie folgt:

1. Die Landesregierung bedauert die Mittelkürzungen in Höhe von rund zehn Millionen Euro. In Polen leben die meisten Menschen, die sich der Deutschen Minderheit zugehörig fühlen, in der Woiwodschaft Oppeln – ca. 78.595 Menschen oder 8 Prozent der gesamten Bevölkerung der Woiwodschaft. Die Mittelkürzungen werden ab dem 1. September 2022 mit Inkrafttreten der Verordnung des polnischen Bildungsministeriums wirksam. Laut Bildungskuratorium der Woiwodschaft Oppeln werden ca. 22.000 Schülerinnen und Schüler in der Region wahrscheinlich nur noch reduzierten deutschen Sprachunterricht erhalten.

2. Die Mittelkürzungen wurden mehrfach angesprochen. Beispielsweise während der Delegationsreise der Ministerpräsidentin in die Partnerregion Oppeln, die vom 28.-30. April 2022 stattfand. Frau Staatssekretärin Raab hatte in der 9. Sitzung des Ausschusses für Europa und Eine Welt am 17. Mai 2022 über das Gespräch ausführlich berichtet.

Dienstsitz Mainz:
Staatskanzlei Rheinland-Pfalz
Peter-Altmeier-Allee 1
55116 Mainz

Telefon 06131 / 164100
Telefax 06131 / 164107

Dienstsitz Berlin:
Vertretung des Landes Rheinland-Pfalz
In den Ministergärten 6
10117 Berlin
Achtung: Neue Telefonnummer
Telefon 030 / 3743461100
Telefax 030 / 3743461200

Dienstsitz Brüssel:
Vertretung des Landes Rheinland-Pfalz
60, Avenue de Tervueren
1040 Brussels | Belgium

Telefon 0032 / 27369729
Telefax 0032 / 27901333

Des Weiteren wurde die Problematik der Mittelkürzung für den Sprachunterricht für die deutsche Minderheit auf Vorschlag von Rheinland-Pfalz in die Ministerpräsidentenkonferenz und Europaministerkonferenz eingebracht, da diese Politikfelder im Zuständigkeitsbereich der Bundesregierung angesiedelt sind.

Die Landesregierung hat mit dem zuständigen Referat im Bundesministerium des Innern und für Heimat (BMI) Kontakt aufgenommen. Auch die Beauftragte der Bundesregierung für Aussiedlerfragen und nationale Minderheiten, Natalie Pawlik, ist bereits mit der Thematik befasst.

3. Die Landesregierung steht hierzu im engen kontinuierlichen Austausch mit dem neuen Vorsitzenden des Verbands der deutschen Sozial-Kulturellen Gesellschaften in Polen (VdG), Rafał Bartek sowie mit dem Marschallamt der Woiwodschaft Oppeln. Zwischen Rheinland-Pfalz und Woiwodschaft Oppeln existieren über 36 Schulpartnerschaften (unter anderem im Grundschulbereich), diese werden weiterhin gepflegt und ausgebaut.

4. Laut Bildungskuratorium der Woiwodschaft Oppeln sind ca. 295 Lehrer- und Lehrerinnenstellen von der in der Anfrage angesprochenen Verordnung betroffen. Der Landesregierung liegen keine Erkenntnisse zu der Anzahl der Entlassungen von Lehrerinnen und Lehrern in der Woiwodschaft Oppeln vor.

Mit freundlichen Grüßen

Heike Raab